



Baden-Württemberg

9.2022

KiTa aktuell

Fachzeitschrift für Leitungen, Fachkräfte und
Träger der Kindertagesbetreuung



IM BLICKPUNKT

Achtsame Kommunikation mit
Eltern – wie wir wieder zueinander
finden

Marie-Anne Raithel

KITA-ALLTAG

Migration und Vielfalt – eine Chance
für die gesamte Kita

Prof. Dr. Miriam Morgan

REGIONAL

Eine Stimme für die Frühkindliche
Bildung

Heike Kempe, Klaus Mellinger

Eine Stimme für die Frühkindliche Bildung

LEBK fordert konsequente Neuausrichtung im Bereich der Frühkindlichen Bildung ■ Am

13.03.2020 verkündete die Landesregierung die fünfwöchige Schließung von Schulen und Kindertageseinrichtungen, um die heraufziehende erste Welle der Corona-Pandemie einzudämmen. Für Kinder, Eltern und Mitarbeiter*innen in den Kitas war das eine Zäsur in ihren bisherigen Erfahrungen mit der Frühkindlichen Bildung.



Heike Kempe

Mitglied des Vorstands der Landeselternvertretung baden-württembergischer Kindertageseinrichtungen



Claus Mellinger

Mitglied des Vorstands der Landeselternvertretung baden-württembergischer Kindertageseinrichtungen

Frühkindliche Bildung war vor der Pandemie oft das Gute-Laune-Thema der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik. Initiativen wie das Gute-KiTa-Gesetz signalisierten den Handlungswillen und die Handlungsfähigkeit der Politik, doch dass sich hinter dieser äußerlich weitgehend intakten Fassade schon länger Risse gebildet hatten, war bekannt: Entgegen früherer Prognosen wächst die Zahl der Kinder, für die ein Platz in einer Einrichtung beansprucht wird. Das stellt viele Kommunen vor finanzielle und strukturelle Herausforderungen. Neue Einrichtungen können mancherorts nur schrittweise in Betrieb genommen werden, weil die erforderlichen Fachkräfte fehlen. Die Corona-Pandemie ging dann nicht nur an die Substanz aller Beteiligten, sondern legte außerdem die bereits bestehenden Schwächen im System schonungslos offen, ja verstärkte sie auf dramatische Weise.

Kinder und Eltern ohne Stimme in der Pandemie

Der Orientierungsplan sieht die Erziehungspartnerschaft als wichtige Säule im pädagogischen Alltag vor. Trotzdem ist die Rolle der Eltern bei der Mitwirkung und Mitgestaltung des Kitaalltags auf

wenige Punkte reduziert. Dazu kommt, dass Eltern oft wenig Interesse an der Mitgestaltung haben und dieses Interesse nicht überall gleichermaßen von den Einrichtungen gefördert wird. Wo sich jedoch Elternbeirät*innen zu Gesamtelternbeiräten zusammenschließen, entsteht oftmals eine wirkungsvolle Vertretung und Zusammenarbeit mit Trägern, Kommunen und Politik vor Ort. Die Verantwortlichen für die Frühkindliche Bildung haben einen Kanal zu den Eltern, Sichtweisen können ausgetauscht und Bedürfnisse besser sichtbar gemacht werden. Aber auch auf dieser Ebene ist Vieles von gutem Willen abhängig und von der Bereitschaft, Eltern mit an den Tisch zu holen und ihnen zuzuhören.

Doch wie war das in der Pandemie?

Als sich nach den angekündigten 5 Wochen abzeichnete, dass in immer mehr Bereichen des öffentlichen Lebens Lo-

ckerungen ermöglicht wurden, warteten Eltern auch auf die Rückkehr ihrer Kinder in die Kitas. Doch in Politik und in der Öffentlichkeit kamen Familien und Kinder ebenso wenig vor wie in der Berichterstattung. Kinder waren während der Kitaschließungen nicht nur aus der Öffentlichkeit nahezu verschwunden, sondern scheinbar auch aus der politischen Debatte. Es war offenkundig, dass Kinder und ihre Familien auf Landesebene keine Stimme in der Politik und bei den verantwortlichen Trägern und Organisationen hatten. Während es also für weite Teile der Bevölkerung in Richtung Normalität ging, blieben Kitas und Schulen weiterhin geschlossen oder stark beschränkt.

Kurz vor dem ersten Lockdown hatten sich Gesamtelternbeirät*innen in Baden-Württemberg in den sozialen Medien vernetzt. Diese Vernetzung führte im Mai 2020 zur Gründung



Abb. 1: Kinder waren während der Kitaschließungen nahezu aus der Öffentlichkeit verschwunden.



Abb. 2: Eltern gehen aufgrund der Situation vermehrt in die Offensive.

einer provisorischen Landeselternvertretung für die Frühkindliche Bildung im Land, unterstützt durch rund 40 weitere Gesamtelternbeiräte aus allen Teilen des Landes. Dafür mussten mühsam Kontakte und Adressen der örtlichen Gesamtelternbeiräte recherchiert werden.

Eine Struktur dafür gab es nicht und zu diesem Zeitpunkt fehlten zentrale Ansprechpartner wie Städtetag oder Gemeindetag noch. Um nach außen wirken zu können musste ein Logo her, eine Domain wurde beschafft und eine erste Internetseite gebaut. Das Ziel dieses »Eltern-Start-up« war es, die Interessen von Kindern und Eltern zu bündeln und in der Öffentlichkeit zu artikulieren. Für das Team war klar, dass der Weg zur Mitwirkung und Beteiligung über die Gremien und den direkten Kontakt mit den Verantwortlichen führen würde. »Wir sind gekommen, um zu bleiben« und »keine Politik ohne Kinder und Familien« waren die Leitworte, die sich die neu gegründete Landeselternvertretung auf die Fahnen geschrieben hatte. Und dann das Überraschende: die Elternvertreter*innen stießen auf offene Ohren und Türen. Kurz nach der Gründung folgte die Einladung zum runden Tisch des Kultusministeriums. »Gut, dass Sie da sind«, haben die Vertreter*innen der LEBK-BW in dieser Zeit immer wieder zu hören bekommen. Neben dem Ministerium, den kommunalen und kirchlichen Spitzenverbänden, den Gewerkschaften, dem Landesgesundheitsamt

und vielen anderen in der Runde konnten die Eltern ihre Sicht auf die Situation ihrer Kitas und ihrer Kinder schildern. Als zentrale Ansprechpartner*innen der Eltern war die Vertretung auch in kürzester Zeit bei den Landtagsfraktionen gefragt. Daraus hat sich in den vergangenen 2 Jahren eine vertrauensvolle Zusammenarbeit entwickelt. Noch mehr – mit dem Rückenwind auf Landesebene haben sich vielerorts neue Gesamtelternbeiräte gegründet und etabliert.

» Fehlende Fachkräfte und zusätzliche Ausfälle durch Krankheit oder Quarantäne führten an vielen Stellen zu erheblichen Spannungen.«

Hierfür bot die Pandemiezeit ein »Window of Opportunity«. Mit der Präsenz der Elternvertreter*innen bekam die Situation von Kindern und Familien in der Pandemie plötzlich auch in den Medien und dann in der Öffentlichkeit Raum und Beachtung.

Keine Politik ohne Kinder und Eltern

Der neuen Landeselternvertretung kamen die Erfahrungen aus der Arbeit vor Ort zugute, wo die Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Akteuren schon etabliert ist. Dort ist es für die Elternvertreter*innen selbstverständlich, zusammen mit Trägern und Politik in die Mitverantwortung für die Frühkindliche Bildung zu gehen. So auch auf Landes-

ebene: schließlich waren es ja nicht nur die direkten Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Kitaschließungen, die Verantwortliche und Eltern schwer beschäftigten. Als im Juli 2020 die Kitas im Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen öffnen konnten, wurde zunehmend deutlich, dass Einrichtungen, Personal und Träger schon mit strukturellen Schwierigkeiten in die Pandemie gegangen waren. Fehlende Fachkräfte und zusätzliche Ausfälle durch Krankheit oder Quarantäne führten an vielen Stellen zu erheblichen Spannungen. Eltern konnten erleben, wie sich die Teams vor Ort engagierten, um für die Kinder trotz der Einschränkungen Normalität zu ermöglichen. Dennoch reichte es an vielen Stellen nicht aus und strukturelle Mängel verstärkten sich im Pandemiebetrieb zusehends.

Erschwert wurde der Kitabetrieb durch die häufigen Anpassungen der Corona-Regelungen und der oft knappen Vorlaufzeiten bei der Umsetzung. Auf kommunaler Ebene haben die Gesamtelternbeiräte eng mit den Trägern und Verwaltungen zusammengearbeitet, die Kommunikation zu den Eltern unterstützt und Übersetzungshilfe beim Verstehen der oft komplexen Regelungen geleistet. Auf der Landesebene konnten diese direkten Erfahrungen in die Diskussion eingebracht werden. Aus den Erfahrungen heraus hat die LEBK Konzepte und Positionspapire erarbeitet, so bspw. im November 2020 angesichts des drohenden zweiten Lockdowns. Hierbei entstand das Konzept für einen verantwortungsvollen Kitabetrieb, der u.a. bereits zu diesem Zeitpunkt Punkte wie eine Impfpriorisierung der Fachkräfte, regelmäßige Tests, ein engmaschiges Monitoring etc. vorsah, um Mitarbeiter*innen und Kinder zu schützen. Nicht nur die Situation der Kinder und Eltern schildern, sondern diese Kompetenz in konkrete Forderungen und Handlungen übersetzen war dabei das Ziel. Dabei standen die Elternvertreter*innen auch in der Verantwortung, den oft schwierigen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Bedürfnissen von Eltern und Fachkräften zu bewältigen und Konflikte auszuhalten. Nicht wenige der Punkte in dem LEBK-Konzept wurden aufgegriffen und (später) umgesetzt.

Vom Startup zu festen Strukturen – Eltern wollen politisch sein

Aus den geschilderten Erfahrungen wurde deutlich, dass Elternvertretung sich nicht nur an den praktischen Fragen der Pandemiebewältigung ausrichten konnte. An vielen Stellen zeigte sich, dass eine Wende in der Frühkindlichen Bildung nötig ist. Zur Landtagswahl in Baden-Württemberg hat die LEBK-BW ein Positionspapier erarbeitet und in die breite Öffentlichkeit von Politik, Trägern und Spitzenverbänden zur Diskussion gegeben. Kernpunkt des Positionspapiers ist die Forderung nach einer konsequenten Neuausrichtung in der Frühkindlichen Bildung, mit dem Ziel, sie als eigenständige Säule im Bildungssystem zu stärken und zu sichern: die Sicherstellung der Qualität der Bildungsarbeit, qualifizierte Fachkräfte und gute Arbeitsbedingungen in den Kitas, die Aufwertung der Ausbildung und der pädagogischen Arbeit, die Erfüllung des Rechtsanspruchs für alle Kinder, die stärkere Verankerung der Frühkindlichen Bildung im Kultusministerium und die gesetzliche Verankerung der Elternvertretung im Kitagesetz waren dazugehörige Forderungen. Insbesondere die Forderung nach einem Masterplan der Landespolitik für die Entwicklung der Frühkindlichen Bildung stand auch in der öffentlichen und medialen Kommunikation der LEBK-BW ganz oben. Im Koalitionsvertrag finden sich einige dieser Forderungen wieder, so die Vereinbarung der Koalitionäre, die Landeselternvertretung im Kitagesetz zu verankern. Andere Forderungen wurden nach und nach aufgegriffen, so die Forderung nach einer Fachkräfteoffensive des Landes, die vom Kultusministerium aufgegriffen wurde.

Trotz einiger Erfolge hat sich die Lage in der Frühkindlichen Bildung weiter zuspitzt. Der massive Personalmangel spiegelt sich im Kitaalltag wider. Der Verlust von Fachkräften beschleunigt die Spirale nach unten, Arbeitsbedingungen verschlechtern sich und Forderungen einzelner Verbände nach Absenkung von Fachkraftschlüssel oder Vergrößerung von Gruppen sorgen für Unmut und Verunsicherung bei Personal und Eltern. Die Erfahrungen der

ersten Monate machten deutlich, dass es auf Dauer eine starke und durchsetzungsfähige Elternvertretung im Land braucht. Parallel zur inhaltlichen Arbeit wurde das Netzwerk erweitert, eine Satzung erarbeitet und im Februar 2021 der erste formal gewählte Vorstand gewählt.

Eltern wollen Zukunft

In der geschilderten Situation gehen Eltern vermehrt in die Offensive. Die LEBK-BW hat bereits 2021 die Idee eines landesweiten Kitagipfels entwickelt. Veränderungen an einzelnen Stellen des Systems Frühkindliche Bildung genügen nicht mehr, die Erwartungen an die Frühkindliche Bildung haben sich ebenso wie die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen stark verändert. »Wir brauchen ein gemeinsames Verständnis darüber, welche Bildung und Betreuung wir für unsere Kinder brauchen, was wir wollen, was wir tatsächlich leisten können und was wir bereit sind, dafür zu tun«, so die Überzeugung der Elternvertreter*innen. Diese Diskussion kann nur breit angelegt sein, alle Akteur*innen müssen gehört und beteiligt werden. Die Bemühungen um diesen Kitagipfel hat die LEBK-BW zuletzt deutlich verstärkt und dafür Unterstützer gewinnen können. Insbesondere mit den Fachkräften und ihren Verbänden besteht eine enge Zusammenarbeit. Hier geht es konkret um die Zukunft der Frühkindlichen Bildung und es geht um die Zukunft unserer Kinder. Elternbeteiligung darf nicht eine Sache des guten Willens sein, sie braucht eine feste Verankerung im Kitagesetz und die entsprechenden Rahmenbedingungen für ihre Arbeit. Für die Schulen ist das seit vielen Jahren selbstverständlich. Für

die Frühkindliche Bildung wird dieser Schritt ein wichtiges Signal sein, denn auch auf der lokalen Ebene müssen die Elternvertretungen gestärkt werden. Auch hier brauchen die Eltern verlässliche Strukturen, den Zugang zu Gremien und Ansprechpartnern und die Einbindung in die Zusammenarbeit der Akteure vor Ort.

Fazit

Was diese Zusammenarbeit bewirken kann, zeigen Beispiele aus einigen Kommunen. Dort initiieren Gesamtelternbeiräte Arbeitsprozesse zur Bekämpfung von Platz- und Personalmangel, die lokal umsetzbar sind. Eltern entwickeln mit Trägern und Kommunen Konzepte zur Mitarbeit von Eltern in den Einrichtungen und zur Entlastung der Erzieher*innen. Während der Pandemie waren die Elternnetzwerke oftmals schneller und flexibler, um schnell Informationen und Fragen zu den Regelungen und deren Umsetzung transportieren zu können. Doch neben der Anerkennung und Unterstützung durch Kommunen und Träger müssen Eltern auch verstehen, dass Elternvertretung politischer werden muss und Eltern mehr (Mit-) Verantwortung übernehmen müssen, um erfolgreich und wirksam zu sein. Dabei hilft schon heute die Vernetzung der Gesamtelternbeiräte im Land über die LEBK-BW. Die Erfahrungen aus den vergangenen 2 Jahren Pandemie haben gezeigt, dass die Aufgaben und Herausforderungen für die Frühkindliche Bildung nicht mehr von einzelnen Akteuren und den üblichen Arbeitsmodellen bewältigt werden können. Der Blick muss sich nun auf die nahe Zukunft richten. Frühkindliche Bildung muss handlungsfähig bleiben, sie braucht aber auch Handlungsspielraum. Darüber muss nun gesprochen werden. ■

→ LANDESELTERNVERTRETUNG BADEN-WÜRTTEMBERGISCHER KINDERTAGES-EINRICHTUNGEN

Die Landeselternvertretung baden-württembergischer Kindertageseinrichtungen (LEBK-BW) wurde im Mai 2020 gegründet. Bei der Wahl im Februar 2021 wurde von den 60 unterstützenden GEBK eine Satzung beschlossen und ein Vorstandsteam mit 10 Mitgliedern gewählt. Die Vorstände arbeiten ehrenamtlich und finanzieren ihre Arbeit derzeit selbst bzw. mit Unterstützung einiger örtlicher Gesamtelternbeiräte. Die LEBK-BW unterhält enge Kontakte zu den Spitzenverbänden der Träger, zu Landtagsfraktionen, Gewerkschaften u.v.m. Zurzeit laufen Gespräche mit dem Kultusministerium zur Verankerung der Landeselternvertretung im KiTagesetz (KiTaG).